

# Univ ersit äts Zeitung

Sächsische  
Landesbibliothek

3 MRZ. 1967  
Dem

VII. Parteitag der SED  
entgegen

Organ der SED-Kreisleitung Technische Universität Dresden

Nr. 6/67

33602

25. März 1967

Preis 15 Pf

IM MITTELPUNKT DER PARTEIDISKUSSION: KLASSENMASSIGE ERZIEHUNG UND PARTEILICHKEIT IN DER WISSENSCHAFT

## Die Wissenschaft hat immer Klassencharakter

Aus dem Diskussionsbeitrag des Genossen Harry Meißner, 1. Sekretär der Kreisparteiorganisation der SED der Technischen Universität, vor der Bezirksdelegiertenkonferenz

„Durch die Auseinandersetzung über theoretische und praktische Probleme der Politik der Partei wurden Fortschritte bei der Aneignung marxistisch-leninistischer Kenntnisse sowie der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Professoren und Dozenten erreicht.

Wir haben im wesentlichen völlige Übereinstimmung hinsichtlich des Verhältnisses zur sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik, der sie beim umfassenden Aufbau des Sozialismus ihre ganze Kraft und Fähigkeiten zu geben bereit sind ...

Viele Verpflichtungen und Erklärungen zu Ehren des VII. Parteitages der SED machen sichtbar, wie sich ein immer klarerer Standpunkt über die Perspektiven unserer sozialistischen Entwicklung in der DDR, über die Rolle der Arbeiterklasse und unserer Partei herausbildet.

Herr Professor Bobeth, Nationalpreisträger und Direktor unseres Instituts für Textiltechnik, brachte zum Ausdruck: Die DDR ist ... eine starke Wirtschaftsmacht geworden. Das ist zweifellos auch in der allseitigen politischen Durchdringung der Wissenschaften begründet, was dazu geführt hat, daß maßgebende Wissenschaftler entscheidende prognostische, perspektivische und auch Planungsarbeiten in enger kollektiver Verbundenheit mit den leitenden Staatsfunktionären durchführen.

Ein solches Zusammengehen ist Anerkennung und Ansporn für die Wissenschaftler und wird gerade in der Perspektive beträchtliche Früchte im Interesse der Weiterentwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft zeitigen!

Es gibt jedoch noch Auffassungen, die sich als ein wesentliches Hemmnis auf dem Wege zur letzten marxistisch-leninistischen Erkenntnis über den tiefen Gehalt der gesellschaftlichen Entwicklung und Perspektive in Deutschland erweisen. Es handelt sich um Auffassungen von einer angeblich noch vorhandenen sogenannten „Einheit der deutschen Wissenschaft“, wie es gibt doch traditionelle Beziehungen, die wir nicht mit politischen Fragen belasten sollten;

das fachwissenschaftliche Gespräch würde durch das Hineintragen politischer Fragen kompliziert werden;

die einheitliche deutsche Wissenschaft wäre eine letzte Klammer der auseinanderstrebenden Teile Deutschlands;

auf unserem Fachgebiet sind wir zu einer einheitlichen deutschen Familie der Vertreter dieses Faches geworden; und ähnliches.

Nicht wenige Herren Professoren haben in den Aussprachen ihren Kollegen selbst klargemacht, wie die westdeutschen Imperialisten die Wissenschaft ihren Zielen unterordnen, daß man Richtlinien für den Bereich Wissenschaft und Forschung ausgearbeitet hat.

So wurden zum Beispiel an westdeutschen Hochschulen Senatsbeauftragte für mitteldeutsche Hochschulfragen eingesetzt. Diese Senatsbeauftragten sorgen dafür:

daß politisch gezielt an DDR-Wissenschaftler Einladungen für Tagungen und Kongresse verschickt werden;

daß die Anzahl der westdeutschen Teilnehmer für wissenschaftliche Veranstaltungen in der DDR erhöht wird und finanzielle Mittel nahezu uneingeschränkt zur Verfügung stehen;

daß, wie sie selbst sagen, die menschliche, persönliche Betreuung verbessert wird und Kartengrüße bei Auslandsreisen an die ostdeutschen Kollegen gesandt werden;

daß die verschiedensten Publikationsorgane dazu eingesetzt werden, um die Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Regierung realisieren zu helfen.

So erhalten unter anderem auch DDR-Physiker periodisch die Heft „Verhandlungen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft“ - Verlagsort Stuttgart. Dort heißt es gleich auf der zweiten Umschlagseite, daß die Deutsche Physikalische Gesellschaft die Mitglieder der Gesellschaft und alle in Deutschland wohnenden Physiker einander näherbringen, und deren Gesamtheit nach außen vertreten will. Auch auf die Frage, warum uns heute der politische Standort des westdeutschen Fachkollegen interessiert, der Gast der DDR sein möchte, ist unter anderem zu antworten.

daß etwa 400 Professoren und noch weit mehr Doktoren in verschiedenen Beiräten Bonner Ministerien sitzen und direkt an den Plänen der westdeutschen Imperialisten mitarbeiten,

daß im sogenannten „Forschungsbeitrag für Fragen der Wiedervereinigung“ Professoren Maßnahmen mit ausgearbeitet haben, die nach Annexion der DDR durchgeführt werden sollen,

daß heute schon eine Liste vorliegt über die Absetzung der DDR-Professoren, an deren Stelle westdeutsche Professoren treten sollen.

Und zur Forschung muß gesagt werden:

6 Prozent des westdeutschen Wissenschaftsetats werden eindeutig im Sinne der Monopole für die Realisierung militärischer Projekte versaugt.

Was soll angesichts dessen alles Gerede von „gesamtdeutscher“ oder „einheitlicher deutscher Wissenschaft“?

Die Realität besteht doch darin, daß es auf deutschem Boden schon längst eine sozialistische Wissenschaft gibt, die dem gesellschaftlichen Fortschritt dient und nützt, nämlich in der souveränen sozialistischen DDR;

daß es andererseits auf deutschem Boden eine dem Imperialismus dienende Wissenschaft gibt und eine reaktionäre Wissenschaftspolitik, die die Arbeit der Wissenschaftler in den Dienst der imperialistischen, uns feindlichen Ordnung stellt, nämlich der des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland.

In diesem Prozeß der ideologischen Auseinandersetzung befinden wir uns noch, um die rückständigen geistigen Positionen zur sogenannten Einheit der deutschen Wissenschaft zu überwinden. Dabei geht es uns darum klarzumachen, daß ein gutes DDR-Staatsbürgerbewußtsein sich nicht nur in einer eindeutigen politischen Entscheidung für unseren sozialistischen Staat erschöpft, sondern auch die ebenso eindeutige Position des Kampfes gegen den westdeutschen Imperialismus und seine Politik einschließt.

Die Parteilnahme unserer Wissenschaftler für unseren sozialistischen Staat und ihr Beitrag zur konkreten politischen Auseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus wird auch den fortschrittlichen Wissenschaftlern in Westdeutschland eine wertvolle Unterstützung sein.

Wir können auch nicht darauf verzichten, denen, die heute bedenkenlos, ob gewollt oder ungewollt, die Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Arbeit in

(Fortsetzung Seite 2)



Das Kollektiv der sozialistischen Arbeit „Entwicklung des Röntgen-Meßfühlers“ wurde auf der SED-Bezirksdelegiertenkonferenz mit einer Ehrenurkunde ausgezeichnet. Unser Bild: Genosse Werner Krolkowski, Mitglied des ZK und 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, beglückwünscht Genossen Dr. Kleinstück vom II. Institut für Experimentalphysik der TU, der das Kollektiv leitet. Die Mitglieder des Kollektivs haben in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit den Ein-

satz von Röntgen-Fluoreszenzgeräten in kurzer Frist gesichert und erarbeiten gegenwärtig neue Anwendungsbeispiele. Durch sehr hohen volkswirtschaftlichen Effekt ist das Arbeitsergebnis der Röntgenspezialisten ein hervorragendes Beispiel sozialistischer Kooperationsbeziehungen zwischen Forschung, Entwicklung und rascher Anwendung in volkswirtschaftlichen Schwerpunkten. Allen Angehörigen dieses Kollektivs wünschen wir weiterhin guten Erfolg! Foto: Mohr

## Sozialismus - Richtschnur des Handelns

Professor Dr.-Ing. habil. Dr. rer. nat. h. c. Kurt Schwabe sprach auf der Bezirksdelegiertenkonferenz der SED

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die jungen Menschen, die heute die Universitäten besuchen, im Prognosezeitraum die wirtschaftliche, technische, wissenschaftliche und politische Entwicklung bestimmen werden. Diese Problematik ist gerade für uns im Dresdner Raum, in dem über 30 Ausbildungsstätten konzentriert sind, von besonderer Bedeutung.

Im Prinzip ist durch das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem die Voraussetzung geschaffen, daß alle jungen Menschen eine umfassende wissenschaftlich-technische Ausbildung und auch eine gute Allgemeinbildung erhalten. Wir haben genügend moderne Ausbildungsstätten, die ihrer Größe und Einrichtung nach in der Lage sind, solchen Nachwuchs heranzubilden. Von großer Bedeutung ist die Frage, welche wissenschaftlich-technischen Kenntnisse eigentlich vermittelt werden sollen. Ich glaube, daß es unbedingt notwendig ist, sich von der Vermittlung von Faktenwissen, das heute vielleicht aktuell ist, aber in zehn Jahren ganz bestimmt keine Bedeutung mehr hat, vollkommen zu befreien. Die Ausbildung muß auch in der Richtung sehr verbessert werden, daß wir die jungen Menschen zu größerer Selbständigkeit erziehen. Auch das ist dann am besten gewährleistet, wenn man ihnen Grundlagen vermittelt und nicht zu viele spezielle Kenntnisse.

Die Erziehung der jungen Menschen im Interesse einer prognostischen Entwicklung, eines volkswirtschaftlichen und ökonomischen Denkens ist eine sehr komplizierte Aufgabe. Wir können feststellen, daß heute in den Forschungseinrichtungen der Akademien, der Universitäten und Hochschulen, aber auch der Industrie, die Idee der komplexen sozialistischen Rationalisie-

rung noch nicht in dem Maße Platz gefunden hat, wie es eigentlich notwendig wäre. Es gibt die Tendenz, die Autonomie der wissenschaftlichen Tätigkeit möglichst zu erhalten, sich zum Beispiel für jede Forschungsaufgabe die entsprechenden Apparaturen selbst anzuschaffen und nicht zum Kollegen zu gehen, der bereits über das Gerät und oft auch über größere Erfahrungen verfügt. Es muß meiner Meinung nach ein sehr dringendes Anliegen aller jener sein, die an der Ausbildung junger Wissenschaftler beteiligt sind, dafür zu sorgen, daß sich das ökonomische Denken entwickelt. Die Forschung kann nur soviel Geld verbrauchen, wie ihr die Produktion zur Verfügung stellen kann. Das muß man den jungen Menschen klarmachen, auch daß sie vor allem dadurch gute Forschungsmittel bekommen, wenn sie selbst der Produktion helfen, die Produktivität zu erhöhen.

Ich glaube, daß Professoren und Studenten davon überzeugt sind, daß für uns nur eine friedliche Anwendung aller Forschungsergebnisse in Betracht kommt; das gilt sowohl für die Chemie als auch für die Kernenergie im Gegensatz zu Westdeutschland, wo man sich zum Beispiel gegen den Atomsperrvertrag lehnt. Niemand von uns wird wünschen, daß die enormen Fortschritte der chemischen Forschung für die Vernichtung von Menschen genutzt werden. Insofern unterscheidet sich die Chemiewirtschaft unseres Staates weltweit von der Chemiewirtschaft der kapitalistischen Länder, wie der Vietnamkrieg zeigt. Es gibt natürlich nur eine Chemie, eine chemische Grundlagenwissenschaft. Die Frage ist nur, wie man sie anwendet; bei uns zur Erhaltung des Friedens und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen, in der kapitalistischen Welt

auch zur Vernichtung, zu unmenschlichen Zwecken. Die Studenten und auch Professoren sind sich wohl nicht immer in vollem Umfange der Gefahren bewußt, die sich aus dem Mißbrauch der Wissenschaft ergeben. Deshalb begrüßen wir es, daß die politischen Organisationen dazu beitragen, diese Gefahren deutlicher aufzuzeigen. Sicher muß man in diesem Erziehungsprozeß viel Geduld, Behutsamkeit und Sorgfalt aufbringen, um wirklich einen echten Erziehungserfolg zu erreichen. Man muß unseren jungen Studenten immer wieder klarmachen, daß sie sich selbst und ihrem Staat am besten nützen, wenn sie ihre ganze Kraft dafür einsetzen, die Studienzeit so intensiv wie möglich zu nützen. Das sozialistische Prinzip muß nicht nur gelehrt werden, sondern muß Richtschnur des Handelns für jeden Studenten und Hochschullehrer sein. Die Überlegenheit des sozialistischen Prinzips läßt sich am besten beweisen, wenn alle danach handeln. Unsere Jugend bestimmt durch ihre wissenschaftlich-technischen Leistungen und durch ihre sozialistische Grundeinstellung die Perspektive unserer Wirtschaft und die Stärke unseres Staates. Sie kann und muß Subjekt und Gestalter ihrer eigenen sozialistischen Zukunft sein.

Die Erfolge, die die Sowjetunion in den 50 Jahren ihres Bestehens nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution errungen hat, demonstrieren uns gerade in diesen Tagen in besonders eindrucksvoller Weise, welche großen Erfolge man in Wissenschaft und Technik unter den Bedingungen des Sozialismus erringen kann. Wenn wir gemeinsam mit der Sowjetunion unseren Weg fortsetzen, werden wir auch in Zukunft große Erfolge haben.

### Wissenschaft muß von der Politik allseitig durchdrungen sein!

Von Professor Dr.-Ing. habil. Wolfgang Bobeth, Direktor des Instituts für Textiltechnik

Noch nie in der Geschichte der Menschheit kam der Wissenschaft eine solche eminente Bedeutung zu wie in der Gegenwart. Es bedarf keiner umfangreichen Studien, um voraussetzen zu können, daß diese Bedeutung auch zukünftig besteht und noch weiter, und zwar progressiv, ansteigt. Damit wird die Wissenschaft zu einem Hauptfaktor der Politik eines Landes und muß von ihr allseitig durchdrungen sein. Das gilt ganz besonders für unsere sozialistische Gesellschaftsordnung, die in ihrem Tun und Handeln bestrebt ist, zum Beispiel die Volkswirtschaft auf der Grundlage des höchsten Standes von Wissenschaft und Technik immer weiterzuentwickeln. Deshalb läßt die sozialistische Gesellschaft den Wissenschaften größte Fürsorge und Unterstützung mannigfaltiger Art angedeihen. Sie wacht aber auch darüber, daß die Wissenschaft nicht gegen die Interessen der friedliebenden Menschheit mißbraucht wird.

Dieser Situation sollten sich alle wissenschaftlich tätigen Bürger gerade der Deutschen Demokratischen Republik im Tummeljahr westdeutscher Aufweichungsversuche immer wieder bewußt sein. Wenn zum Beispiel Herr Barzel heute im Auftrage der regierenden CDU-CSU-Führung im Bundestag erklärt, daß die westdeutschen Positionen unverändert bleiben, nur die Methoden wechseln können, dann wissen wir, was wir gerade jetzt vom Gerede über die „einheitliche deutsche Wissenschaft“ zu halten haben. Man versucht über diese These bei uns die lebenswichtige Einheit von Wissenschaft und Staat zu untergraben, den Hauptfaktor Wissenschaft unserer Politik bewußt zu schwächen. Unter diesen Umständen kann es keine gesamtdeutsche Wissenschaft geben; das wird erst wieder möglich sein, wenn ein einheitliches sozialistisches Deutschland besteht, das seine Wissenschaftler nicht mehr monopolkapitalistischen Interessen zuarbeiten läßt.

Wir dürfen heute mit Recht stolz auf die Leistungen unserer Wissenschaftler sein, die aus eigener Kraft entscheidend zur vielbeachteten Entwicklung gerade unserer sozialistischen Industrie beigetragen haben. Exponate im Textilmaschinenbau (Malimo-Maschinen, Wirkereimaschinen usw.) sowie Entwicklungen in der Chemiefaserindustrie (Hohlprofilfasern, Lösungspolymerisation für die Polyakrylnitrilfaserherstellung usw.) sind nur einige Beispiele, die weltweites Interesse fanden und zu Kauf- bzw. Lizenzgeschäften führten, an denen auch Westdeutschland nicht vorbeigehen kann. Die DDR ist trotz aller Behinderungsversuche gerade westdeutscher Institutionen eine starke Wirtschaftsmacht geworden. Das ist als Teil des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung unseres Staates zweifellos auch in der allseitigen politischen Durchdringung der Wissenschaften begründet, was dazu geführt hat, daß maßgebende Wissenschaftler entscheidende prognostische, perspektivische und auch Planungsarbeiten in enger kollektiver Verbundenheit mit leitenden Staatsfunktionären durchführen. Ein solches Zusammengehen ist Anerkennung und Ansporn für die Wissenschaftler der DDR zugleich und wird gerade in der Perspektive beträchtliche Früchte im Interesse der Weiterentwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft zeitigen.